Arbeit & Soziales
auf einer Seite

28. Oktober 2026

HDE Handelsverband Deutschland

Minijobs sind unverzichtbar und eine Erfolgsgeschichte!

Hintergrund

- Der Einzelhandel ist eine der größten Minijobbranchen Deutschlands. Derzeit arbeiten mehr als 3,1 Millionen Menschen im deutschen Einzelhandel, davon rund 808.000 Minijobber. In der Gesamtwirtschaft arbeiten bundesweit nach den aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit insgesamt rund 7,5 Millionen Minijobber.

Aktuelle Lage

- Die Bundesregierung hat wichtige (Sozial-)Reformen angestoßen, die der HDE ausdrücklich begrüßt. Problematisch dabei ist allerdings, dass der Minijob bei all diesen Reformvorhaben unter erheblichen (Kosten-)Druck gerät.
- **Gesundheitsreform**: Mit dem GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz wurde diese Reform bereits beschlossen, wodurch der vom Arbeitgeber allein zu tragende pauschale GKV-Beitrag für Minijobber auf die Höhe des allgemeinen Beitragssatzes zuzüglich des durchschnittlichen Zusatzbeitrags ansteigt (+ 4,5 Prozent).
- **Pflegereform**: Der Kabinettbeschluss zum Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG) sieht die Einführung einer arbeitgeberseitigen Pauschalabgabe für Minijobber an die Pflegeversicherung in Höhe von 3,6 Prozent ab 2028 vor.
- **Einkommensteuerreform**: Die arbeitgebergetragene Pauschsteuer soll laut Entwurf von 2 % auf 5 % steigen.
- **Rentenreform**: Die Alterssicherungskommission (ASK) hat im Juni 2026 ihren Bericht zur Reform der Rentenversicherung vorgestellt. Im Koalitionsausschuss am 1. Juli 2026 wurde vereinbart, die darin enthaltenen Empfehlungen umzusetzen. Eine dieser Empfehlungen sieht jedoch vor, den steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Sonderstatus von Minijobs aufzulösen (Ausnahme: Schüler). Dies käme einer Abschaffung der Minijobs gleich.

Position

- Obwohl Minijobs bereits heute mit höheren Kosten für Arbeitgeber verbunden sind als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, sind diese aufgrund ihrer hohen Flexibilität für den Einzelhandel weiterhin unverzichtbar. Sie ermöglichen es, die branchentypischen Stoß- und Randzeiten sowie langen Öffnungszeiten verlässlich abzudecken und damit die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung bundesweit sicherzustellen. Zusätzliche Belastungen durch eine Erhöhung der ausschließlich arbeitgeberseitig finanzierten Pauschalabgaben lehnen wir strikt ab. Die Umsetzung aller Reformen würde die Pauschalabgabe für Minijobs inklusive der Umlagen auf rund 42 % steigern.
- Aber auch eine Überführung der Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Ausnahme: Schüler) halten wir für einen „Irrweg“ und lehnen diese de facto Abschaffung der Minijobs für den Einzelhandel entschieden ab.
- Minijobs sind auch bei Beschäftigten sehr beliebt und werden meist gezielt angefragt, gerade weil sie in besonderem Maße mit den individuellen Lebensumständen vieler Menschen vereinbar sind (u. a. Studium, Familie, Pflege). Hauptargument für Beschäftigte ist auch der Nettolohn („netto für brutto“). Ohne dieses Privileg würden insbesondere Tätigkeiten mit geringem Stundenumfang sehr unattraktiv. Die Annahme, dass Minijobber problemlos mehr Stunden arbeiten wollen oder Einkommensverluste hinnehmen könnten, verkennt die Lebensrealität vieler Menschen. Bei gleicher Stundenanzahl in Steuerklasse 1 würden z. B. rund 130 Euro netto weniger im Monat verdient.
- Sollten Minijobs infolge einer hohen neuen Abgabenlast für Arbeitnehmer unattraktiv werden, wird es für Unternehmen schwer den Arbeitskräftebedarf zu decken und den gewohnten Service im Einzelhandel (s. o.) sicherzustellen.
- Laut einer aktuellen Sonderauswertung der Minijobzentrale (Quartalsbericht 4, 2025) nutzen zudem rund 95 Prozent der Minijobber insgesamt diese Beschäftigungsform als reine Hinzuverdienstmöglichkeit. Die Zielrichtung der Rentenreform, Minijobber durch eine Einbeziehung in die Sozialversicherungspflicht auch vor Altersarmut zu schützen, geht somit nachweislich nahezu vollständig ins Leere und schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Handelsverband Deutschland – HDE e. V.
Haarke/Hellermann | Bereich Arbeit, Bildung, Sozial- und Tarifpolitik | E-Mail: haarke@hde.de / hellermann@hde.de
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin | Telefon: 030 726250-40 / -45 | Fax: 030 726250-49
www.einzelhandel.de